

Haushaltsrede FWG-UBN 2018



Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Der Weg wird kein leichter sein... aus einem Songtext eines bekannten deutschen Musikers, wird auch in diesem Jahr am Anfang unserer Rede stehen, denn an dieser Tatsache hat sich unserer Meinung nach nichts geändert.

Dies trifft für einen **Prozess** zu, der nötig ist, nicht nur, um einen Haushalt aktuell auszugleichen, sondern ihn auch in Zukunft durch eine nachhaltige Sparpolitik ausgleichen zu können.

Wenn ein neuer Bürgermeister gewählt ist, werden im Allgemeinen Arbeitsabläufe geändert und er hat das Bestreben, alles besser zu machen. So hat er sich vor allem zum Ziel gesetzt, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.

Die sehr gute Wirtschaftslage mit zusätzlichen Steuereinnahmen war hierbei enorm hilfreich. Allerdings ließ sich die schwarze Null nicht erreichen. So wurden kurzerhand die Ausgaben für die Sportstätten weggelassen, obwohl 3 der 4 Vereine in der letzten Sitzung des Vereinsarbeitskreises versichert haben, dass eine Übernahme der Sportstätten nicht finanzierbar sei.

Weiter wurden neben den Tarifierhöhungen der Angestellten, die Kosten des DGH Rod am Berg (nicht genehmigter Verkauf) aus dem Haushalt herausgenommen. Und schon war die schwarze Null erreicht!

Die SPD, die Dank der B-NOW wieder zum Leben erweckt wurde, legt den Mantel der sozialen Gerechtigkeit ab und richtet ihr Fähnlein wieder nach dem Wind. Mal möchte man billiges Wohneigentum ermöglichen, was der B-NOW missfiel, und so stimmte man dann doch lieber für die teurere B-NOW Variante – Doppel und Einzelhäuser für das Baugebiet Westerfeld-West 3.BA, die den Erwerb von Wohneigentum erheblich verteuern wird.

In einer anderen STAVO Sitzung wurde beantragt, den Quadratmeterpreis in Westerfeld zu erhöhen, was aber auf erhebliche Proteste, unter anderem der SPD, führte, nun wieder unter der Prämisse „Soziale Gerechtigkeit“, um es Wenigverdienern zu ermöglichen, Wohneigentum zu erwerben.

Generell ist das Dreierbündnis B-NOW, SPD und Linke der Meinung, dass in der Vergangenheit nicht richtig gehaushaltet wurde und man den Magistrat nicht entlasten könne. Im Gegensatz dazu aber macht dieses Bündnis nun den Fehler, nicht kalkulierbare Risiken einzugehen, wie sie am Beispiel des Neubaus von Edeka zu erkennen sind.

Man sieht sich ohne Not gezwungen, Grundstücke anzukaufen, sie für Edeka zu bevorraten, um sie dann, Jahre später, an Edeka weiterzuverkaufen, ohne einen einzigen Cent Gewinn zu machen. Vielmehr geht man das Risiko der Zwischenfinanzierung ein und legt die entsprechenden Zinsen als Zugabe oben drauf. Daher muss die Frage nach dem ob und wann gestattet sein!

Nach diesen Erfahrungen rufen wir uns die Aussage von SPD, B-NOW und Linken ins Gedächtnis, dass Neu-Anspach kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem hat. Wir, die **FWG-UBN**, sind immer noch der Meinung, dass wir außer einem Ausgabenproblem auch ein riesengroßes Einnahmeproblem haben!!!!

Und **warum** haben wir das???????

Die **Einwohnerzahl** von Neu-Anspach ist auch weiterhin **leicht rückläufig**.

Wir sind dabei, Wohnraum für neu zuziehende Bürger in Form von neuen **Baugebieten** und **Gewerbeflächen** zu schaffen,

Und wir haben **ohne Not** die große Chance vertan, „und das ist für uns immer noch **kein Schnee von gestern**“ Pacht- und Gewerbesteuereinnahmen aus unserem ehemals geplanten kleinen Windpark zu generieren.

So standen **dann** natürlich im letzten und vorletzten Jahr diese möglichen Einnahmen nicht mehr in der **mittelfristigen Finanzplanung**. Mit dem **NEIN zu den Windrädern** haben wir damals und heute die nötigen Einnahmen für unseren defizitären Haushalt verhindert. **Das ist und bleibt unser Problem!!!!** Und das nicht nur **ökonomisch**, sondern auch **ökologisch!!!**

Verpasst hat Neu-Anspach im Besonderen die Chance, mit den geplanten Windrädern einen **Beitrag zur regionalen Energiewende** zu leisten, um im Klima- und Naturschutz für die **Zukunft unserer Kinder** neue Wege zu gehen.

Dieses Gremium hat ein **Klimaschutzkonzept** als grundsätzliche politische Handlungsempfehlung für die zukünftige Klimaschutzpolitik in Neu-Anspach beschlossen.

Darin verpflichtet sich die Stadt unter anderem **bis zum Jahre 2050** eine höchst mögliche eigene erneuerbare Energie-Versorgung sicherzustellen und den Primärenergiebedarf 2010 von fast 400 Gigawattstunden bis 2050 **um ein Drittel** abzusenken, in den Bereichen Strom, Wärme und Verkehr.

Genau, um dieses **zukunftsweisende Klimaschutzkonzept** zusammen mit unseren Bürgern weiter fortschreiben zu können, hatte sich die **FWG-UBN** auch für die Beibehaltung des **TULFA** ausgesprochen. Der Fachausschuss bildete eine wichtige Grundlage für alle Themen des Klima- und Naturschutzes. Außerdem wundert es uns immer noch sehr, dass gerade die B-NOW den Vorschlag gemacht hat, diesen Ausschuss abzuschaffen. Laut früherer Aussagen, liegt ihnen gerade der Naturschutz unserer Taunusregion besonders am Herzen und zudem hatten sie den Vorsitz und somit die Chance, den **TULFA in ihrem Sinne zu gestalten**.

Dies alles wurde einem reinen Streben nach Macht, durch die so möglich gewordene Neukonstituierung vor allem des HFA und die darauf ohne Not erfolgte Abwahl der langjährigen äußerst kompetenten Vorsitzenden, geopfert.

Mit dem Dreierbündnis aus SPD, B-NOW und Linken, so hat es den Anschein, ist auch die Verlässlichkeit des Parlamentes nicht mehr gegeben. Zu belegen ist dies am Beispiel der Gewerbesteuer. Bei der Erhöhung der Gewerbesteuer hatte die **FWG-UBN** ausschließlich einer stufenweise höheren Belastung des Gewerbes zugestimmt. Der Wirtschaftsstandort Neu-Anspach muss auch weiterhin für die Ansiedlung neuen Gewerbes attraktiv bleiben und wir müssen das lokale Handwerk und Gewerbe auch im Hinblick auf Arbeitsplätze vor Ort stützen und schützen.

Können sich Gewerbe und Bürger auf das Parlament verlassen?

Gefasste Beschlüsse werden im ½ Jahresrhythmus verworfen und neu gefasst. Beispiel: weitere Erhöhung der Gewerbesteuer – Antrag der SPD (ging nicht durch) und der im HFA beschlossene weitere Zuschuss von 25.000€ für eine Gaststätte am Waldschwimmbad, etc. Was für ein Bild nach Außen wird so auf Neu-Anspach und seine Politik geworfen?

Alle drei Fraktionen versuchen auch nicht, die durch die Windkraft geschaffenen Gräben zu schließen und die frostige Stimmung im Parlament zu beseitigen. Nein, wenn man eine andere Meinung vertritt, muss man mit Unterstellungen rechnen (beispielsweise: ist man gegen den Zuschuss für eine Gaststätte am Schwimmbad, wird unterstellt, dass man grundsätzlich gegen das Schwimmbad ist.) Diese Schwarz-Weiß-Malerei wird nicht nur pressewirksam verbreitet, nein, persönliche Angriffe sind auch keine Seltenheit. **Das muss aufhören!** Wir sollten zum Wohle der Stadt und ihrer Bürgerinnen und Bürger arbeiten!

Wir sollten respektvoll miteinander umgehen und konstruktiv zusammenarbeiten. Gute Ideen müssen umgesetzt werden, ohne dass Befindlichkeiten der einzelnen Parteien eine Rolle spielen.

Wir müssen endlich anfangen, bei der Grundstücksvermarktung Gewinne zu machen. Es kann nicht sein, dass die Stadt stets „drauf legen“ muss – Beispiel: Edeka.

Und die von SPD, B-NOW und Linken hoch gepriesene **Bürgerbeteiligung** wird nur dann gewünscht, wenn es genehm ist. Beispiel Bahnhofstr. 71-73. Hier soll ein Beschluss erzwungen werden, **ohne** die stets geforderte Bürgerbeteiligung.

Insbesondere möchten wir hier unser qualitativ und quantitativ sehr gutes Betreuungsangebot nennen, das für eine **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** notwendig und unerlässlich ist.

Wer bleibt schon gerne an einem Ort wohnen, an dem die Lebenshaltungskosten steigen und die Infrastruktur und damit die Lebensqualität sinken?

Beim Thema mögliche Erhöhung der Kosten für die Bildung, Betreuung und Erziehung von Kindern oder einer Reduzierung der bestehenden hohen Qualität im Bereich der Kinderbetreuung in Neu-Anspach, müssen wir im Blick haben, dass **junge Familien** in unserer Stadt **sesshaft** werden, sich **wohl** fühlen und **bleiben** wollen, getreu unseres vielsagenden Slogans: **“Neu-Anspach, die junge Stadt zum Leben“**
Diese Weichenstellungen für eine nachhaltige Entwicklung müssten sich auf die kommenden Haushalte positiv auswirken.

Die **Beteiligung der Bürger an der Konsolidierung** ist auch in diesem Jahr erkennbar und spürbar.

Ob die Erhöhung der Kindergartengebühren und der Gewerbesteuer, bis hin zu einer höheren Beteiligung der Vereine an den Nutzungskosten der Sportstätten.

Dem sehr hohen Zuschussbedarf gerade im Bereich Kinderbetreuung geschuldet,

hat die **FWG-UBN** sowohl einer **5% Gebührenanpassung**, der Umkehr der Geschwisterermäßigung vom ältesten Kind auf die höchste Gebühr, dem Wegfall der Geschwisterermäßigung für Hortkinder, als auch dem Beschluss für die sogenannte Bambini-Freistellung in Höhe der Landeszuweisung, im Rahmen der Beratungen zugestimmt.

Natürlich im **Dialog** mit den Eltern im Stadelternbeirat, um eine größtmögliche Transparenz zu gewährleisten.

Mit der **FWG-UBN** wird nach dem beschlossenen Abbau der 10% igen Vorbereitungszeit in den städtischen Kitas durch natürliche Fluktuation, keine weitere Reduzierung des Betreuungs- und Bildungsangebotes in Form von Leistungsreduzierungen, die nachhaltig zu Qualitätseinbußen in der Kinderbetreuung führen werden, geben.

Wir fordern, dass flexible und machbare Lösungen in Zusammenarbeit mit Politik, Eltern und Fachkräften gesucht werden.

Hier ist besonders Kreativität gefragt, damit wir unserem Bildungsauftrag gerecht werden.

Kinder sind unsere Zukunft! Einen guten Anfang haben wir mit der Einrichtung des **AK Kinderbetreuung** gemacht. Hier sind Politik und betroffene Bürger, Eltern und pädagogische Fachkräfte, gemeinsam bemüht, kreative und nachhaltige Lösungen zu finden.

Die **FWG-UBN**

hat auch einer Erhöhung der Beteiligung der Vereine an den Nutzungskosten der Sportstätten von 10€ auf 30€ pro Sportler und Jahr zugestimmt. Diese Erhöhung war an einen Prüfantrag gebunden, wonach Gespräche mit den Vereinen geführt werden sollen,

ob für den jeweiligen Verein die Möglichkeit besteht, Sportstätten oder DGHs in Eigenregie zu übernehmen, analog dem Tanzsportzentrum in Westerfeld. Die ist bis jetzt leider nur teilweise gelungen.

Um in Zukunft unter **Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger** nachhaltig wirtschaften zu können, wird es von großer Bedeutung sein, die individuelle **Eigenverantwortung** aller innerhalb unserer Stadt zu stärken. **Nicht** der Staat oder unsere Stadt ist für alles und jedes verantwortlich.

Es muss eine Umkehr erfolgen von der Allzuständigkeit der Stadt Neu-Anspach, hin zu einer **Bereitschaft, sich für das Gemeinwesen einzubringen** – hinzuschauen und anzupacken.

Das bedeutet eine noch stärkere und frühzeitigere Einbindung und Beteiligung der Bürger, um die vor uns liegenden Aufgaben bewältigen zu können.

Natürlich vergisst die **FWG-UBN** an dieser Stelle nicht, sich bei der Verwaltung, ganz **besonders bei der Kämmerei**, für die Aufstellung des Haushaltes und der steten Bereitschaft, alle Fragen zu beantworten und Ungereimtheiten auszuräumen, herzlich zu bedanken.

Meine Damen und Herren,

die **FWG-UBN** wird sich dem **gesamten Haushalt für 2018** mit allen Teilhaushalten, dem Investitionsplan, dem Stellenplan, der mittelfristigen Finanzplanung, dem Konsolidierungskonzept und der Haushaltssatzung enthalten, **wohl wissend**,

dass wir unser **Ziel**, eines ausgeglichenen Haushaltes, zwar erreicht haben, aber nicht sicher sein können, ob wir dieses Ziel auch in Zukunft realisieren können, wenn wir auch weiterhin öffentliche Gelder, die nicht vorhanden sind, (Schwimmbadgaststätte oder der Friedhofsweg in Rod am Berg), nach dem Motto „nice to have“, ausgeben.

Nur zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern werden wir zukünftig einen nachhaltigen Haushalt als grundlegendem Ziel erreichen.

Mit dem Verabschieden eines ausgeglichenen Haushaltes an diesem Abend werden wir also **keinesfalls** von unserer Verantwortung entbunden, auch in den kommenden Jahren sehr genau hinzusehen, zu hinterfragen und wo nötig, kreativ gegenzusteuern.

Meine Damen und Herren, nehmen wir die uns gestellten Aufgaben nicht als Belastung, sondern nutzen sie als Chance zur Veränderung für unsere „junge Stadt zum Leben“.

Im Namen meiner Fraktion, der FWG-UBN, möchte ich Ihnen und Ihrer Familie ein gesegnetes und geruhames Weihnachtsfest wünschen, verbunden mit den besten Wünschen für das Jahr 2018!!!!

Vielen Dank!!!!

Gudula Bohusch